
1. MAI
ZEITUNG

INHALT

WER WIR SIND

Perspektive Kommunismus hat sich im April 2014 gegründet. Wir bestehen aus verschiedenen lokal verankerten kommunistischen Gruppen, halten aber eine bundesweite, aktionsorientierte und revolutionäre Organisation für notwendig. Deswegen haben wir uns zusammengeschlossen, um über gemeinsame Debatten und politische Kampagnen die Basis für solch eine Struktur zu schaffen und sie gemeinsam mit anderen Gruppen zu verwirklichen. Ein politischer Grundlagentext, Aufrufe zu gemeinsamen Mobilisierungen und Infos zu den beteiligten Gruppen finden sich auf unserer Homepage: www.perspektive-kommunismus.org

EIGENTUMSVORBEHALT

IMPRESSUM

Verantwortliche im Sinne des Presserechts:
Ilse Becker, Leverkusenstr. 2, 22761 Hamburg
Kontakt: Bitte ausschließlich per Mail an
mail@perspektive-kommunismus.org
www.perspektive-kommunismus.org

STATT PLANLOS DURCH DEN KAPITALISMUS WIDERSTAND ENTWICKELN!

Deutschland hat nun eine Regierung: Mal wieder eine große Koalition, mal wieder technisches Politmanagement, mal wieder keine Veränderungen in Sicht. Die erneute Zusammenarbeit der beiden traditionellen „Volksparteien" CDU und SPD zusammen mit der bayrischen CSU ist ein ungeliebter Kompromiss, der alleine den Zweck erfüllt, den Kapitalismus in Deutschland so reibungslos wie möglich durch unsichere Zeiten zu manövrieren. Beide große Parteien verlieren seit 20 Jahren stetig Mitglieder und spätestens seit den vergangenen Bundestagswahlen auch deutlich WählerInnen, beide sind innerlich zerstritten und nicht in der Lage dem Großteil der Bevölkerung Zukunftsperspektiven aufzuzeigen.

Irgendwer muss es ja tun?!

Wer heute die Regierungsgeschäfte in Deutschland tätigen will, der verpflichtet sich in erster Linie dazu einen einflussreichen Wirtschaftsstandort zu erhalten. Und das in einem globalen Gesellschaftssystem, das von einem Krisenschauplatz zum nächsten taumelt. Es geht längst nicht mehr um eine Ausgestaltung des Kapitalismus, in der Ausbeutung noch verschleiert werden könnte. Heute geht es um Machtkonzentration und aggressives Krisenmanagement gegen Konkurrenz von Außen und störende Widerstände im Innern. Im politischen Berlin sind die Weichen schon längst gestellt: Es gilt, das restliche Europa niederzukonkurrieren und von Afrika bis nach Asien Märkte ganz „partnerschaftlich" für deutsche Kapitalströme zu öffnen. Deutschland will seine Vormachtstellung in Europa erhalten und gleichzeitig das eigene Modell Arbeitsmarkt exportieren: Flexible, hochproduktive Arbeitskräfte, Lohndumping, Abbau sozialer Errungenschaften und das alles während jeder Widerstand durch den Anschein von „sozialem Frieden" im Keim erstickt wird. Eine Demokratie, die nur deswegen demokratisch erscheint, weil in ihr mal mehr, mal weniger zwischen den verschiedenen Positionen der Profiteure dieser Ordnung abgewogen wird. Der bodenständige mittelständische Unternehmer gegen transnationale Hedge-Fonds, Technologiekonzerne in der Energiebranche gegen Braunkohleproduzenten, Rüstungskonzern gegen Verteidigungsministerium oder deutsches Verkehrsministerium gegen EU-Kommission. Hier werden Interessen und Kräfteverhältnisse durchaus auch kontrovers diskutiert. Mal zum Ausgleich der Widersprüche, mal offen zugunsten der Stärkeren.

Die Interessen von Lohnabhängigen aber - etwa nach wirklicher sozialer Sicherung oder Mitbestimmung im Arbeitsleben - finden, wenn überhaupt, nur untergeordnet Beachtung. Es spricht wohl Bände, wenn ein Mindestlohn von lächerlichen 8,84 Euro die Stunde als Errungenschaft bezeichnet werden muss, während Daimler, BMW und VW 2017 trotz des großen Dieselbetrugs Rekordumsätze mit weltweit über 15 Millionen verkauften Fahrzeugen zu verbuchen hatten und der Staat ein dickes Haushaltsplus vorzuweisen hat. Politische Positionen, die den gigantischen Profit der wenigen Besitzenden ganz grundsätzlich in Frage stellen, dürfen noch nicht einmal in die Nähe des „demokratischen Geschäfts" der Bundes- und Europapolitik gelangen. Dafür sorgt die Propaganda von der „Alternativlosigkeit" dieser Wirtschaftsordnung ebenso wie „moderne" Denkweisen, die jede und jeden im Kapitalismus zu EinzelkämpferInnen für das persönliche Glück werden lassen. Zentrale Probleme dieser Gesellschaft werden dabei nicht kollektiv angegangen, sondern jedeR soll die Schuld für die eigene beschissene Lage bei sich selber suchen, anstatt im System. Dafür sorgen auch Polizei und Justiz, die das Eigentum von Unternehmen und ihren Einfluss auf die Gesellschaft unter besonderen Schutz stellen. Wer ernsthaft daran rüttelt, wird des „Linksextremismus" beschuldigt, wer dagegen ankämpft, verlässt die geduldete Sphäre der Politik.

Das ist der Rahmen, an dem die bürgerlichen Parteien ihre Politik ausrichten müssen. Es ist kein Wunder, dass sich die Begeisterung, dabei mitzuspielen bei großen Teilen der Bevölkerung in Grenzen hält. Für offensichtliche Probleme der Gesellschaft, wie den Personalnotstand in der Pflege und dem gesamten Gesundheitssektor, die rasante Verteuerung von städtischem Wohnraum, die Luftverpestung in Großstädten und die drohende Klimakatastrophe werden zwar bedauernde Worte gefunden und allzu schmerzhafte Kanten geglättet - ernstzunehmende Lösungen werden aber nicht präsentiert. Ganz einfach, weil all dies eben nicht die Probleme der Herrschenden sind und auch niemals sein werden. Sogar das rot-grüne Langzeitarmutsprogramm

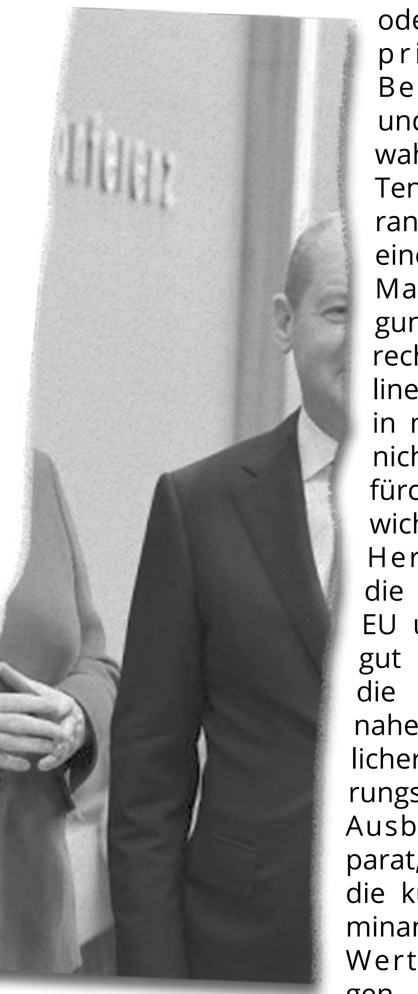
Hartz 4 wird von der SPD, entgegen vollmundiger Wahlversprechen, in die nächste Legislaturperiode getragen.

#GroKo - Business As Usual
Der großen Koalition geht es darum, ganz andere „Probleme" zu lösen: So stellt der neue Koalitionsvertrag die Verdopplung des jährlichen Rüstungsetats auf über 75 Milliarden Euro in den nächsten Jahren in Aussicht. Globale Kriegseinsätze zur Sicherung von Einfluss- sphären, Bündnispartnern und Handelswegen brauchen schließlich entsprechende Mittel. Sie sind existenziell für die langfristige Beteiligung an der Ausplünderung ganzer Regionen in Afrika und im Mittleren Osten oder für die Aufrüstung gegen die große Konkurrenz aus Russland. Auch die unwürdigen Bedingungen, unter denen geflüchtete Menschen hier zu leben haben - in voller staatlicher Abhängigkeit, abgeschottet vom Rest der Gesellschaft, in improvisierten Unterkünften oder gar Abschiebeknästen zusammengepfercht, täglichem Rassismus ausgesetzt und ohne Perspektiven auf gesellschaftliche Teilhabe - interessieren die bürgerlichen Parteien weniger, als die „Herausforderung" die Menschen möglichst schon vor der Ankunft in Deutschland festsetzen zu lassen und sie schnell wieder loszuwerden, sollten sie doch ankommen. Dass deutsche Waffen und Konzerne an den wirtschaftlichen und kriegerischen Zerstörungen, vor denen unzählige Menschen heute fliehen müssen, beteiligt sind, klammern sie hingegen gerne aus.

Es wäre albern, dieser Politik, die von der ehemaligen ArbeiterInnenpartei SPD vorangetrieben wird, mit Enttäuschung oder Empörung zu begegnen. Die Partei ist schon lange fester Bestandteil dieser Ordnung. Sie hat vor genau 50 Jahren die Notstandsgesetze für ein konsequentes staatliches Durchgreifen gegen starke linke Bewegungen verabschiedet und im Jahr 1999 die ersten von deutschem Boden ausgehenden Kriegshandlungen seit 1945 im Rahmen des NATO-Krieges gegen Jugoslawien zu verantworten. Auch ein Schwätzer wie Martin Schulz, der mit geschickter Rhetorik zwischenzeitlich Aufbruchstimmung und Interesse an den Bedürfnissen der Lohnabhängigen suggerieren konnte, ändert nichts am Zustand der deutschen Sozialdemokratie. Die CDU hingegen stand schon immer stramm an der Seite der Besitzenden und der Gewinner in diesem System. Auch sie schafft es aber nicht mehr, ihr ursprüngliches, konservatives Modell aus Sicherheit und Stabilität zu verkaufen. Stattdessen verliert sich jedes politische Profil der großen bürgerlichen Parteien in den Sachzwängen des Krisen-Kapitalismus.

Scharf-Rechts in die Vergangenheit
Die einzige „Vision", die sich in diesem System noch entwickeln lässt, ist eine düstere: Abschottung nach Außen, die kompromisslose Durchsetzung der privilegierten „deutschen" Teile der Bevölkerung im Innern, gegen die sozial Schwachen, gegen Minderheiten, gegen Frauenemanzipation und gegen die noch vorhandenen bürgerlichen Freiheiten. Mit der AfD an der Spitze und flankiert von der CSU verbreitet sich auf diesen Grundlagen aktuell eine große rechte Bewegung, die sich als gesellschaftliche Alternative versteht. „Nationale Stärke" und Identität sollen das voranschreitende soziale Desaster des Kapitalismus übertünchen. Diese Politik wird für gefährlich viele Menschen in ganz Europa und darüber hinaus - etwa in den USA oder der Türkei - zum Bezugspunkt und zeigt wie oberflächlich und wacklig demokratische Prinzipien im „freiheitlich westlichen" Kapitalismus verankert sind. Auch wenn dieser Rechtsruck auf der Straße, in den Medien und in den Parlamenten in vollem Gange ist, auch wenn vor allem viele kleinere Profiteure von diesem System - wohlhabende oder zumindest privilegierte Besitzstands- und Prestigewahrer - diese Tendenzen vorantreiben, ist eine wirkliche Machtübertragung an die rechten Hardliner zumindest in nächster Zeit nicht zu befürchten. Zu wichtig ist den Herrschenden die Bindung an EU und USA, zu gut funktioniert die Integration nahezu sämtlicher Bevölkerungsteile in den Ausbeutungsapparat, zu stark ist die kulturelle Dominanz liberalerer Wertvorstellungen - bislang…







Mehr als nur Sand im Getriebe!
Es geht uns hier aber nicht um Schwarzmalerei. Ganz im Gegenteil: Gerade wenn immer offensichtlicher wird, dass soziale Veränderungen nicht innerhalb dieses Staates zu machen sind, sind wir es, die Alternativen aufzuzeigen haben. Alternativen, die einen Weg heraus aus erzwungener Anpassung und Leistungsdruck bedeuten, die auch nicht davor zurückschrecken, die Eigentumsfrage zu stellen. Es geht um einen geeinten Widerstand und um die Solidarität der Lohnabhängigen für ihre gemeinsamen Interessen, um internationalen Zusammenhalt gegen staatliche Kriminalisierung und gegen die Unterdrückung von Widerstand. Es geht um politische Kämpfe, die sich jeden Tag vor unserer Nase ereignen: Gegen Rassismus, Krieg und Frauenunterdrückung, gegen Umweltzerstörung und die Verrohung des sozialen Miteinanders. Jede und jeder kann sich hier anschließen, sich organisieren, nach eigenen Möglichkeiten einbringen und zu einem Teil wirklicher Veränderung werden.

Mit dieser Zeitung können wir lediglich einige Impulse dafür geben, dass aus dem vielen „Dagegen" ein großes „Dafür" wird. Für eine linke Bewegung, die sich nicht im chaotischen Auf und Ab des Kapitalismus verirrt, sondern die Revolution und den Aufbau einer grundsätzlich neuen sozialen Ordnung zu einer machbaren Herausforderung macht. Eine Bewegung, in der sich all die verschiedenen Kämpfe vereinen. Es geht nicht darum, wie weit wir heute von einem solchen Umbruch entfernt sind, es geht darum, dass eine Gesellschaft, die von Menschen geschaffen wurde, auch von Menschen wieder abgeschafft und durch eine vernünftigere ersetzt werden kann. Der Weg dorthin wird zwar lang, holprig und sicher nicht bequem. Auf der anderen Seite ergibt sich aus gelebter Solidarität und dem Zusammenhalt in kleinen und größeren Kämpfen, dem optimistischen Blick in eine bessere Zukunft und dem Bewusstsein, sich nicht einfach zum Rädchen für fremde Interessen machen zu lassen, schon heute ein erfüllendes Leben. Mehr als alles Geld oder sonstige Glücksversprechen des Kapitalismus es jemals ermöglichen können.





Für den Kommunismus!



KLASSENKAMPF IM GESUNDHEITSSEKTOR

Seit Frühjahr 2017 rumort es in deutschen Krankenhäusern. Im Zuge der von der Gewerkschaft ver.di organisierten Kampagne „Entlastung" fanden Dutzende von Warnstreiks im Gesundheitssektor statt. Bundesweit fehlen nach einer Erhebung der Gewerkschaft rund 162.000 Stellen, allein 70.000 ausgebildete Pflegekräfte. Seit 1995 ist das Pflegepersonal bis heute um 13 % reduziert worden. Hinzu kommt ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Teilzeitkräften und durch Stress und Überlastung erkrankte KollegInnen. Gleichzeitig stiegen trotz gesunkener Bettenzahlen die Menge an behandelten PatientInnen um 12 %.

GESUNDHEIT IST KEINE WARE!

Dies ist die Folge einer von den kapitalfreundlichen Parteien politisch durchgesetzten und gewollten Privatisierung des Gesundheitssektors. 30 % der bundesdeutschen Krankenhäuser sind schon in der Hand von Konzernen. Den wirtschaftlichen Hintergrund bildet die Dauerkrise des Kapitals. Das Kapital ist auf der verzweifelten Suche nach profitträchtigen Anlagemöglichkeiten und versucht mehr oder weniger erfolgreich mit Hilfe seiner politischen Parteien in öffentliche, nicht kommerzialisierte gesellschaftliche Bereiche wie Gesundheitswesen, Bildung, Wasser, Nahverkehr usw. einzudringen und daraus Gewinne zu erzielen. 12 bis 15 % Gewinnspanne für ihre Aktionäre sehen Klinikkonzerne wie Helios dabei als völlig normal an. Während in Norwegen ein PatientInnenschlüssel von 1 zu 5 durchgesetzt ist, sehen sich Krankenhausbeschäftigte und PatientInnen in Deutschland mit dem Verhältnis von 1 zu 13 konfrontiert. Es ist also klar ersichtlich, auf wessen Rücken und auf wessen Kosten die Gewinne für die Klinikkonzernaktionäre herausgepresst werden!

Gegen diese unerträgliche Entwicklung regt sich seit Langem erstmals bundesweit Widerstand, so auch im inzwischen zum Helios-Konzern gehörenden Amperklinikum in Dachau bei München. Was war passiert? Nachdem im Oktober und November 2017 zwei Warnstreiks stattgefunden hatten und sich der Helios-Konzern zu keinerlei Zugeständnissen bereit erklärte, fand eine Urabstimmung statt, in der sich 97 % der Gewerkschaftsmitglieder für einen unbefristeten Streik aussprachen. Als es Anfang Dezember soweit sein sollte, klagte der Helios-Konzern durch eine renommierte Frankfurter Anwaltskanzlei gegen die Rechtmäßigkeit des Streiks und das Münchner Arbeitsgericht gab diesem Antrag statt. Der Streik wurde verboten. Gleichzeitig bot Helios der Kliniktarifkommission und ver.di an, in die bayrische Kommunale Arbeitgebervereinigung (KAV) einzutreten und vielleicht zukünftig den TVöD (Tarifvertrag öffentlicher Dienst) im Amperklinikum anzuwenden. Die Tarifkommission und die zuständigen örtlichen ver.di-SekretärInnen feierten dies als großen Sieg, obwohl durch den TVöD-Krankenhaus für die Beschäftigten in der Frage der Personalsituation und Entlastung keinerlei absehbaren Verbesserungen zu erwarten sind. Die Belegschaft ist bereit weiterzukämpfen. Doch die Tarifkommission, der alte Betriebsrat und die ver.di-SekretärInnen stellen sich gegen den erklärten Willen der gewerkschaftlich organisierten KollegInnen (97 % für Streik!). Sie arbeiten damit auch gegen die dortige, gut verankerte unabhängige Betriebsgruppe, die eine Unterschriftenliste mit über 100 Unterschriften bei 400 Beschäftigten gesammelt hat und gegen die Dachauer Bürgerinneninitiative „Für bessere Pflege", die mit ihren Aktionen die Belegschaft des Amperklinikums tatkräftig unterstützt. Der Ausgang dieser komplexen Situation ist derzeit noch offen. Auch wenn der Streik durch ein Urteil verboten wurde, sollte dies ver.di nicht daran hindern, dagegen vorzugehen und weiter mit betrieblichen und politischen Aktionen für Entlastung am Amperklinikum tätig sein.

KLINIKKONZERNE ENTEIGNEN!

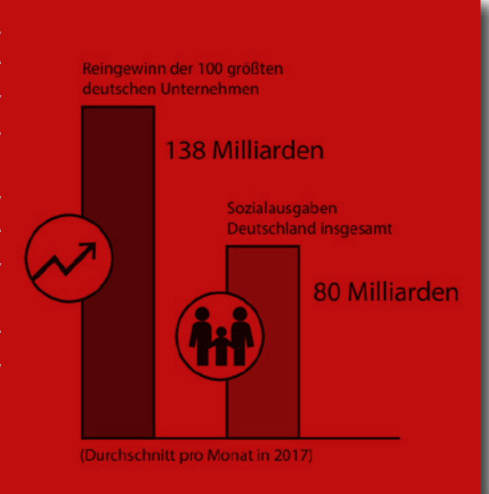
Die Gewerkschaft ver.di nimmt häufig eine Doppelrolle ein. Auf der einen Seite ermöglicht sie den Beschäftigten, sich gemeinsam zu organisieren und erfolgreich zu kämpfen. Auf der anderen Seite bremst der Gewerkschaftsapparat die zweifellos vorhandene Kampfbereitschaft in den Pflegestationen oftmals aus. Die FunktionärInnen sind noch viel zu sehr dem sozialpartnerschaftlichen Denken der 70er Jahre – Verhandeln statt konfrontative Klassenkampfaktionen – verhaftet, oder sind selber Teil der auf die Kapitalseite gewechselten Sozialdemokratie.
Der Gesundheitssektor ist alles andere als ein gesellschaftlicher Randbereich. In ihm arbeiten inzwischen mehr KollegInnen, als in der Automobilindustrie und als Kassenpatienten sind 90 % der Bevölkerung mit den Auswirkungen der Privatisierung und Durchkapitalisierung der Gesundheit konfrontiert. Weder das Vertrauen in staats- und kapitaltragende Parteien noch das alleinige Verhandeln zwischen sozialdemokratischen GewerkschaftsführerInnen und „Arbeitgebern", noch unsere eigene Passivität, sei es das Schimpfen am Stammtisch oder die geballte Faust in der Tasche werden etwas bringen. Nur der selbstorganisierte Klassenkampf von unten, in der Gewerkschaft ver.di, in Betriebsgruppen, in UnterstützerInnenkreisen und Bündnissen wird uns zum Ziel führen.
Der Streik als wirksamstes Mittel muss dabei ergänzt werden durch eine ganze Reihe anderer Widerstandsformen, ein Beispiel hierfür ist der Dienst nach Vorschrift (wenn alle Beschäftigten in einem Krankenhaus ihre vorgeschriebenen Pausen nehmen oder auch nur ihre Hände nach Vorschrift waschen, bricht der Betrieb zusammen!).

Der rein gewerkschaftliche Kampf, so richtig und unterstützenswert er ist, reicht dabei nicht aus, um die Privatisierung des Gesundheitswesens zurückzudrängen und bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Es benötigt eine Organisierung von unten, in Betriebsgruppen, Bündnissen und durch vielfältige Aktionsformen und Solidarität von außen.

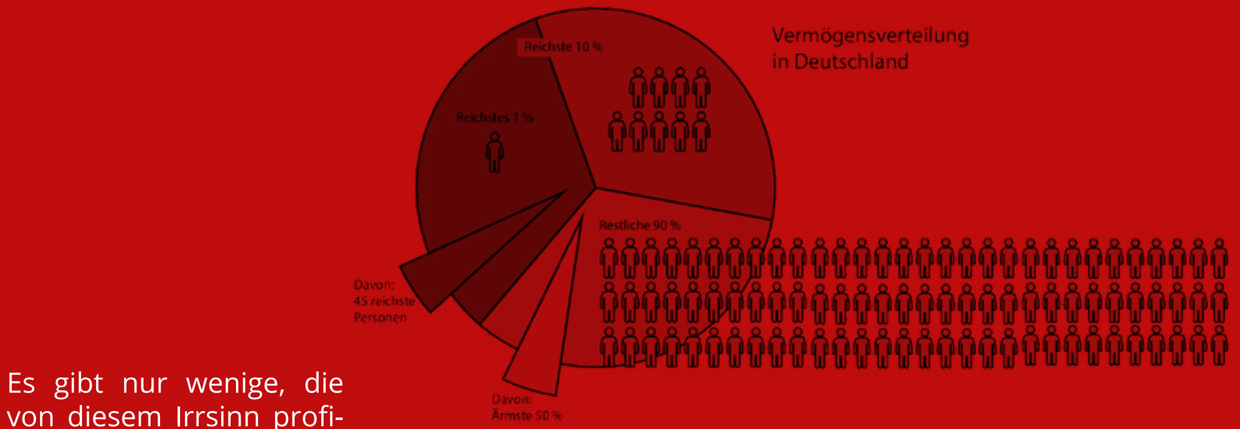
IT'S A RICH MAN'S WORLD

„Es reicht nicht für alle" - der Slogan unserer Zeit. Mit dieser Behauptung erinnern uns Zeitungen und PolitikerInnen ständig daran, dass es angeblich nicht allen gut gehen könne. Laut und deutlich sagt er uns: Arsch zusammenkneifen und weiter trotten, sonst gehörst du schneller als dir lieb ist zu denen, für die es nicht mehr reicht. Auf welchen Zahlen diese Feststellung beruhen soll, weiß wohl niemand. Sie ist nämlich schlichtweg falsch und die Rechtfertigung für die Aufrechterhaltung einer ungerechten Weltordnung!

Es ist mehr als genug da, damit niemand hungern muss. Es ist auch genug da für Wohnraum, Krankenhäuser, Kindergärten, gute Bildung, Pflege und alles, was unsere Gesellschaft benötigt. Und das ist noch längst nicht alles! Jedes Jahr entwickelt sich die Technik weiter. Jedes Jahr können mehr Güter, in weniger Zeit, produziert werden. Studien haben ergeben, dass wir mit den heutigen technischen Standards auch mit einer deutlich geringeren Arbeitszeit die gesamte Menschheit versorgen könnten. Trotzdem arbeiten wir jedes Jahr genauso viel oder sogar mehr, zu schlechteren Bedingungen. Trotz horrenden Einnahmen und Gewinnen der Unternehmen nehmen in den meisten Bereichen befristete Verträge, Niedriglohn und Leiharbeit dramatisch zu. Klingt absurd? Willkommen im Kapitalismus.



Der Reichtum landet offensichtlich nicht bei denen, die ihn mit ihrer Arbeitskraft erwirtschaften. Er fließt stattdessen wieder in die konkurrenzgetriebene Privatwirtschaft, mit dem Ziel, wiederum neue Gewinne zu erzielen. Es ist inzwischen aber soviel Geld vorhanden, dass die Märkte für Waren und Dienstleistungen nicht mehr genügend Investitionsmöglichkeiten bieten. Also geht ein Großteil in die sogenannten Finanzmärkte. Dort wird wild auf fiktive Gewinne spekuliert, riesige Blasen bauen sich auf, die unvermeidlich in den nächsten Krisen platzen. Dabei wetten Unternehmen wie die Deutsche Bank und Großanleger zum Beispiel auch auf Immobilien oder die Preise von Lebensmitteln. Das löst ganz real und direkt Hungersnöte, Obdachlosigkeit und massenhafte Verelendung von Menschen aus.



Es gibt nur wenige, die von diesem Irrsinn profitieren: Diejenigen, die Banken, Konzerne und Immobilien besitzen, und die, die in ihrem Auftrag diesen Reichtum verwalten. Es wäre unmöglich die Summen, die sich bei ihnen ansammeln, auszugeben oder gewinnbringend einzusetzen – dieser Gewinn ist in diesem verrückten System schlicht überschüssig. Diese Zusammenhänge aufzuzeigen, hat nichts mit „Neid" oder Missgunst zu tun. Es geht um Vernunft: Eine Gesellschaft, die soviel Reichtum produziert, hat das Recht auch als gesamte Gesellschaft darüber zu verfügen. Doch in diesem System haben die, die profitieren, logischerweise kein Interesse an einer Veränderung. Wir aber umso mehr! Es führt kein Weg daran vorbei, die Besitzenden zu enteignen, die Betriebe in gesellschaftliches Eigentum zu überführen, unter demokratischer Kontrolle zu stellen und selbst zu entscheiden, was mit dem Produkten unserer Arbeit geschieht! Dann reicht´s für alle!

IHRE BETRIEBE UNSER KAMPFFELD!



EINMISCHEN UND KÄMPFEN IN BETRIEBSRÄTEN UND GEWERKSCHAFTEN

Alle vier Jahre werden im Zeitraum von März bis Mai in Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten Betriebsräte gewählt. Allerdings nur, wenn sich genügend KandidatInnen finden, die sich trauen, sich zur Wahl zu stellen. Viele Chefs - gerade in kleineren und mittleren Unternehmen versuchen ein eigenes Beschäftigtengremium zu verhindern, denn mit einem Betriebsrat sind sie nicht mehr der alleinige „Herr im Haus". Fortan müssen sie sich zum Beispiel bei Überstunden, Schichtplänen, oder bei der Urlaubsplanung mit dem Betriebsrat einigen. Auch entlassen oder einstellen können sie nicht mehr alleine. Der Betriebsrat kann zukünftig bei diesen und anderen Dingen mitreden. Diese Möglichkeiten alleine bedeuten aber noch lange nicht, dass eine kämpferische Betriebsarbeit im Sinne der Beschäftigten stattfindet. Dafür braucht es gewählte VertreterInnen der Belegschaften, die bereit sind, die Konfrontation mit Chefs und Geschäftsleitungen einzugehen. Und genau hier liegt der Hund begraben: Arbeit im Betriebsrat kann eben auch zum Co-Management werden, zur Möglichkeit für die Kapitalisten, die Beschäftigten hinter die Interessen des eigenen Unternehmens zu bekommen, sie mit Ausblick auf eine angeblich gemeinsame betriebliche Zukunft zu Lohneinbußen oder etwa Kurzarbeit zu erpressen, sie in den Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Unternehmen hineinzuziehen und die ArbeiterInnen anderer Länder und Betriebe nicht mehr als natürliche Verbündete, sondern als Gefahr von außen wahrzunehmen.

Die ersten Betriebsräte in Deutschland entstanden im Zuge der Novemberrevolution 1918. Sie waren damals, leider nur kurzzeitig, Räte mit denen die aufständigen ArbeiterInnen versuchten ihre Interessen vor allem gegen die großen Konzerne, welche das Land wenige Jahre zuvor in den Ersten Weltkrieg getrieben hatten, durchzusetzen. Revolutionäre Vertrauensleute bildeten damals eine radikale Opposition in den Betrieben - gegen Krieg, Kapitalismus und einen Staat, der beides ermöglichte. Die Perspektive lag in klarem Gegensatz zu den Interessen der großen Kapitalisten. Aber die Novemberrevolution scheiterte und mit ihr auch ein erster Ansatz für revolutionäre Arbeit in den Betrieben. Die Mehrheit der ArbeiterInnenklasse ließ sich von der Sozialdemokratie dazu anleiten, es noch einmal mit dem bürgerlichen Staat und kapitalistischen Eigentumsverhältnissen zu versuchen.

Mit dem Betriebsrätegesetz von 1920 versuchte die damalige SPD-Reichsregierung nach der Niederschlagung der Revolution auch noch mögliche Ausläufer in den Betrieben zu bekämpfen. Der „Trick" dabei: Betriebliche Mitbestimmung sollte in einen festen, kontrollierbaren Rahmen gegossen werden. Auch die bessergestellten Teile der Belegschaft, die sich schon vollends mit den Interessen der Kapitalisten gemein gemacht hatten, sollten sich an den Betriebsräten beteiligen können. Mitbestimmung ja, aber nur in den Grenzen der bestehenden Eigentumsverhältnisse, nur um die Ausgebeuteten am Ball zu halten, nur solange sich dabei keine Zellen revolutionärer Opposition herausbilden können.

Zurück ins Hier und Jetzt: Betriebsräte sind noch immer kein einfaches Terrain. Mal sind sie hart umkämpfte Gremien, die großen Einfluss auf die Stimmung ganzer Belegschaften ausüben können, mal sind sie völlig unbedeutende, vor sich hin schnarchende Scheingebilde. Korrupte VW-Betriebsräte, die sich vom Konzernmanagement mit Bordellbesuchen

und Sex-Reisen bestechen lassen, oder gegen gute Bezahlung eine 180 ° Wende machen und in die Personalabteilung des Unternehmens wechseln, oder die faschistische Betriebsratgruppierung „Zentrum Automobil" bei Daimler, die mit Nationalismus gegen Klassenkampf agitiert, zeigen, wie es im schlimmsten Fall laufen kann. Auf der anderen Seite können BetriebsrätInnen auch ganz anders: In vielen Fällen setzen sie sich für KollegInnen ein, tragen linke Forderungen und Standpunkte in Betriebe und treiben Gewerkschaften vor sich her! Es kommt darauf an, sich in die Auseinandersetzungen in Betriebsräten einzumischen. Das kann gegen die vorherrschende Mehrheit in Betriebsräten geschehen, kann aber auch den Großteil der gewählten VertreterInnen mitreißen. Zentral ist es, im Betriebsrat - ganz gleich wie er in der Mehrheit orientiert ist - konsequent die Interessen der Belegschaft zu vertreten und mit aufrichtiger klassenkämpferischer Arbeit Vertrauen zu gewinnen.

Das geht nur schwerlich alleine und isoliert im eigenen Betrieb. Die Gefahr der Resignation oder der Verwässerung von kämpferischen Positionen und Herangehensweisen ist, angesichts der Macht von Unternehmen gegenüber den bei ihnen beschäftigten Lohnabhängigen, groß. Gewerkschaften spielen für uns in der Betriebsarbeit daher eine große Rolle. In Gewerkschaften können sich ArbeiterInnen und Angestellte über einzelne Betriebe hinaus zum Kampf für gemeinsame Interessen zusammenschließen. Sie sind Massenorganisationen aus der Klasse der Ausgebeuteten, die nicht den Kapitalisten oder dem Staat unterstehen. Erfahrungen aus dem Widerstand gegen Unternehmensinteressen können ausgetauscht, demokratische Organisationsformen erlernt und eine eigene Stärke entwickelt werden. Von ihnen ausgehend können die richtigen Signale in die Betriebsräte ausgesendet werden, sie können politische Orientierung geben und Beschäftigte in Arbeitskämpfe mit Streiks und andere Aktionen führen.
Immer nur „können"? Warum so unbestimmt? Weil Gewerkschaften eben nicht nur Teile des Widerstands sind, sondern auch systemstabilisierend, von der Sozialdemokratie geprägt, zur friedlichen Eingliederung von Arbeitskämpfen in den Kapitalismus beitragen können. Starre hierarchische Strukturen und die Fokussierung auf nur bestimmte Teile der ArbeiterInnenschaft sind hier keine Einzelphänomene - ganz zu schweigen davon, dass auch gewerkschaftliche Arbeit an sich schon lange nicht mehr nur für Aufbruchstimmung und Euphorie unter den Lohnabhängigen sorgt. Schließlich haben sich die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahrzehnten im Gesamten, trotz Gewerkschaften, alles andere als verbessert. Ein wenig Verhandlungsgeschick hier, ein kleiner Warnstreik dort und schon ist der Konflikt für´s Erste beigelegt. Dennoch: Es wäre nicht auszudenken, wie menschenunwürdig die Zustände in den Betrieben heute ohne ständige Gewerkschaftsarbeit aussehen würden.

Die DGB-Einheitsgewerkschaften sind keine homogenen politischen Organisationen. Sie verändern sich je nach Kräfteverhältnissen und können von den SozialdemokratInnen zu einem Ort der Befriedung sozialer Unruhen gemacht werden, während wir sie zu einer Schule des Klassenkampfes machen wollen. Sicher setzen sich in ihnen gerade an der Spitze die einflussreichen Kräfte der Beschwichtigung fest, aber es sammeln sich hier ebenso unzählige, motivierte Lohnabhängige, die sich nicht nur für ihre individuellen Interessen einsetzen. Es gibt keine Alternative zu Gewerkschaften, um als Lohnabhängige einen breit angelegten Kampf gegen die Angriffe des Kapitals zu führen. Es lohnt sich in ihnen und für sie zu streiten - und das nicht nur im Rahmen von Tarifauseinandersetzungen. In der Gewerkschaft gegen Sozialdemokratie, gegen Spaltungen in der Klasse, für demokratische Strukturen, ein Selbstbewusstsein der Lohnabhängigen und die Perspektive eines revolutionären Bruchs zu kämpfen, ist auch ein Teil des Klassenkampfes.

Natürlich werden wir den Kapitalismus nicht allein mit Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit zu Fall bringen. Um die Ablehnung der wirtschaftlichen Ausbeutung im Kapitalismus mit der Perspektive einer wirklich solidarischen Gesellschaft jenseits dieses Systems zu verknüpfen, brauchen wir organisierte politische Arbeit. Eine Arbeit, die die gemeinsamen Interessen der Leidtragenden im Kapitalismus auf den Punkt bringt und eine gemeinsame Zielrichtung der verschiedenen Kämpfe gegen politische und soziale Missstände entwickelt. Noch sind wir weit von einer revolutionären Organisation entfernt, die den Kampf im Arbeitsleben und in den Betrieben verstärken und in einen massenhaften Kampf gegen den Kapitalismus eingliedern könnte. Fest steht aber: Die Kämpfe gegen alltägliche Ausbeutung in den Betrieben, kollektive Regungen von Widerstand und Erfahrungen der Solidarität in der Klasse der Lohnabhängigen sind nicht nur wichtig, um die kapitalistische Profitjagd auf Kosten der Menschen auszubremsen. Sie bilden zugleich die Grundlage, auf der eine revolutionäre Politik in größerem Maßstab überhaupt erst denkbar wird.



KRIEG GEGEN DIE FREIHEIT

Die Türkei führt Krieg gegen die kurdische Bevölkerung. Das ist leider nichts Neues. Im Januar dieses Jahres haben die militärischen Angriffe aber eine neue Dimension angenommen: Das AKP-Regime startete eine Offensive gegen die kurdische Region Afrin im Norden Syriens.
An der Seite und in den Reihen des türkischen Militärs stehen dabei islamistische Terrorgruppen, die zuvor bereits für den IS gemordet haben. Sie werden schon seit Jahren von der Türkei ausgerüstet und finanziert und sind nun ein ganz offen eingesetzter Teil der türkischen Außenpolitik. Aus der Luft und vom Boden werden Schulen, Wohngebiete, Flüchtlingslager und Krankenhäuser zerstört. Täglich sterben ZivilistInnen und zehntausende Menschen sind zur Flucht gezwungen - nachdem die Region zuvor als eine der wenigen sicheren Zufluchtsorte im syrischen Bürgerkrieg bekannt war.

Afrin ist einer von drei Kantonen (Teile einer demokratischen Föderation) in Rojava. In diesen kurdisch geprägten Gebieten im Norden Syriens arbeitet die Bevölkerung an dem revolutionären Ziel, inmitten der vom Krieg gebeutelten Region, eine neue Gesellschaft des Friedens und der Solidarität auf die Beine zu stellen. Demokratische Selbstverwaltung in Räten, friedliches Zusammenleben verschiedener Ethnien und Religionen, Geschlechtergerechtigkeit, die Vergesellschaftung der natürlichen Ressourcen und der wirtschaftlichen Möglichkeiten sind die Grundlagen des Projekts (das alles sind übrigens auch die Grundlagen der Arbeit der Kurdischen ArbeiterInnenpartei PKK, die noch immer auch in Europa als Terrororganisation verfolgt wird). Und es ist aktuell die einzige menschenwürdige Alternative zum fundamentalistischen Islamismus, zum autoritären Assad-Regime und zur Besatzung und Kontrolle von Mächten wie der Türkei oder den USA. Vor allem ist es ein praktischer Ansatz, der die weltweite kapitalistische Vorherrschaft in Frage stellt.

Deshalb ist es auch wenig verwunderlich, dass andere imperialistische Mächte mit diesem Angriffskrieg der Türkei einverstanden sind. Die USA hat deutlich gemacht, dass sie der Kanton Afrin nicht interessiert, auch wenn sie für die Zerschlagung des IS zeitweise mit den Selbstverteidigungseinheiten Rojavas (YPG/YPJ) kooperierten. Russland zog seine Soldaten demonstrativ aus der Region ab und öffnete den Luftraum für die türkischen Bomber. Das Einverständnis der deutschen Regierung hat das Regime in der Türkei ohnehin. Immer wieder ließ man erkennen, dass man hinter der Politik Erdogans steht. Sei es als Merkel kurz vor den Wahlen im Jahr 2015 Erdogan besuchte und damit der türkischen Bevölkerung signalisierte, dass sie hinter dem Regime steht. Oder die Einladung zum Tee und das Versprechen das türkische Militär weiter aufzurüsten, welches der damalige Außenminister Gabriel (SPD) seinem türkischen Amtskollegen servierte, während der Einmarsch in Afrin schon absehbar war.

Es brodelt in der Türkei

Fast allgegenwärtig ist für das Regime der AKP der Krieg gegen die KurdInnen in der Türkei und Rojava. Rojava ist schließlich ein Ausdruck für die Selbstermächtigung der kurdischen Bevölkerung, die in der Türkei systematisch unterdrückt wird. Es bestätigt und motiviert sie auch dort in ihrem Kampf um Freiheit und Selbstbestimmung. Zugleich kommen in Rojava große Teile der revolutionären Linken aus der Türkei für die Verteidigung des Projektes zusammen. Sie kämpfen vereint gegen gesellschaftlichen Rückschritt und den türkischen Staat und tragen den Kampf auch wieder zurück in ihre Heimat. Den aktuellen Krieg nutzt das AKP-Regime, um andere Parteien, den Staatsapparat und Teile der Bevölkerung auf die „nationale Einheit" einzuschwören und hinter sich zu vereinen. Die nationalistische Weltanschauung dahinter geht auf die Vorstellung eines großen osmanischen Reiches zurück, das unter türkischer Führung auch über die Grenzen der heutigen Nachbarländer hinausreichen solle. Ziel ist der Aufbau einer faschistischen regionalen Großmacht und der Abbau aller im Wege stehender demokratischer Hindernisse. Rechte von Minderheiten, Frauen und Lohnabhängigen haben dabei keinen Platz. Jede Opposition wird durch Gesetzesänderungen, Kriminalisierung und Drohungen ausgeschaltet. Massenverhaftungen oder Verbote von unliebsamen Organisationen und Medien unter fadenscheinigen Begründungen sind an der Tagesordnung. Gegen die kurdische Bevölkerung im Süd-Osten des Landes ist der Einsatz von Bomben und Panzern, sind Folterungen und Exekutionen schon seit Jahrzehnten grausame Realität.
Hinter der vermeintlichen „Politik der Stärke" der Türkei schwelt eine langandauernde wirtschaftliche Krise: Die Gegensätze zwischen ArbeiterInnen und Unternehmen nehmen zu, die Wirtschaft ist auf die Bau-, Handels- und Dienstleistungssektoren spezialisiert und stark abhängig von ausländischem Kapital. Im Bereich der industriellen Produktion ist sie unterentwickelt. Sie steht auf wackligen Beinen. Die Rüstungsindustrie ist einer der wenigen großen Produktionszweige, die aktuell wachsen und profitieren. Das wird nicht zuletzt auch durch den aktuellen Angriffskrieg wieder einmal verstärkt. Direkte Verbindungen von der Rüstungsindustrie zu Erdogans Macht-Clique sind dabei alles andere als ein Zufall.

Trotz Ausnahmezustand wehrt sich nicht nur die kurdische Bewegung gegen die Verschärfung der Verhältnisse: Ungehindert von staatlichen Verboten finden aktuell wieder zahlreiche Streiks statt. Im Juni 2017 erzwangen ArbeiterInnen des Chemieriesen PETKIM einen Tarifvertrag, indem sie die Fabrik besetzten und sich erfolgreich gegen die aufmarschierende Polizei wehrten. Besonders in Bereichen, in denen es in den letzten Jahren Massenentlassungen gab, werden die Forderungen der Arbeitskämpfe zunehmend politischer. Darüber hinaus gibt es trotz der enormen staatlichen Repression auch politische Proteste - von kritischen Erklärungen und Aufrufen gegen die Einschränkung von Bürgerrechten, über den Kampf für Frauenrechte, bis hin zum militanten Widerstand revolutionärer Kräfte, darunter die PKK und verschiedene kommunistische Parteien.

Deutschland spielt mit...

Der deutsche Staat lässt seinen NATO-Partner nicht im Stich. Schließlich ist auch eine Unmenge deutsches Kapital in der Türkei investiert. Mit jährlich knapp zwei Milliarden Euro staatlichen Hermes-Bürgschaften (eine Art Profitversicherung, die der deutsche Staat deutschen Unternehmen für Auslandsinvestitionen garantiert) werden alleine die deutschen Kapitalinvestitionen in die Türkei abgesichert. 6.800 deutsche Firmen machen Geschäfte in der Türkei. Volker Treier, der Außenwirtschaftschef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) freut sich über erwartete 5 % Handelssteigerung mit der Türkei im Jahr 2018. Was sollen wir angesichts dessen Realistisches vom deutschen Staat fordern? Dass dem nächsten AKP-Politiker, der nach Deutschland kommt, ein bitterer Tee vorgesetzt und kein Zucker angeboten wird?

Jedes Jahr werden für viele Millionen Euro Waffen aus Deutschland an die Türkei geliefert. Künftig sollen in einem Kooperationsprojekt mit Rheinmetall deutsch-türkische Panzer auf türkischen Territorium gebaut werden. Lizenzen für den Bau von deutschen Sturmgewehren von Heckler & Koch hat die Türkei schon seit Jahren. All diese Kriegswaffen bringt die Türkei in diesem Krieg zum Einsatz. Der deutsche Staat hat auch Daten ihrer AWACS-Aufklärungsflugzeuge an die Türkei geschickt. Diese Daten nutzt die Türkei, um den aktuellen Krieg gegen Afrin zu führen. Es lässt sich nicht bestreiten: Deutschland trägt ganz direkt Mitverantwortung für diesen Krieg.

Schulter an Schulter für Rojava!

Rojava ist nicht nur für die Menschen im Mittleren Osten ein Hoffnungsschimmer. Es ist für Linke weltweit ein Bezugspunkt, der beweist, dass auch heute noch Alternativen zum Kapitalismus und zu autoritären Staaten möglich sind. Dass es möglich ist, den Plänen der Großmächte zum Trotz und unter widrigsten Bedingungen, ein Projekt zu verteidigen, das nach den Bedürfnissen und Interessen der dort lebenden Menschen organisiert wird. Nicht umsonst sind hunderte Menschen aus verschiedenen Ländern in den letzten Jahren dorthin gereist, um die Verteidigungseinheiten und den zivilen Aufbau Rojavas zu unterstützen. Doch auch hier gibt es keinen Grund stillzuhalten: Seit Anfang des Jahres ist die kurdische Bewegung in ganz Deutschland zusammen mit deutschen und türkischen Linken regelmäßig auf der Straße, um gegen den Krieg, gegen die deutsche Unterstützung des türkischen Staates und für die Solidarität mit Rojava zu demonstrieren. Es gab auch hierzulande zahlreiche Angriffe gegen Unterstützer der türkischen Politik und wirtschaftliche Partner des Regimes. Das Mindeste, was wir hier tun können, ist, Solidarität zu zeigen, die dreckigen Geschäfte des deutschen Staates und deutscher Unternehmen in der Türkei öffentlich zu machen und die Profiteure anzugehen!



Celox für Rojava

Ziel dieser Kampagne ist es, den KämpferInnen in Rojava mit Wundbandagen des Typs „Celox" Hilfe zu leisten. 60 % der Schusswunden-Verletzten sterben an Blutungen, während sie auf ihre Behandlung warten. Die Celox-Auflagen stoppen die Blutungen schnell und kosten pro Stück 80 Euro. Sie werden an der Front von den medizinischen Einheiten verteilt.
Infos unter: www.secoursrouge.org
Spendenkonto: Rote Hilfe Schweiz | IBAN: CH82 0900 0000 8555 9939 2 | Sp.-Zweck: CELOX

Kurdischer Roter Halbmond

Die Hilfsorganisation „Kurdischer Roter Halbmond" führt aktuell eine Spendenkampagne für die Opfer der türkischen Militärinvasion in Afrin durch. Die Kampagne wird zeitgleich in Europa, Japan, Australien, den USA und Kanada geführt. Die gesammelten Spenden werden für die Ausstattung der Krankenhäuser in Afrin mit Medikamenten und medizinischem Gerät verwendet. Infos unter: www.heyvasor.com
Spendenkonto: Heyva Sor a Kurdistanê e.V. | IBAN: DE49 370 502 99 000 40 10 481



GEGEN DEN RECHTSRUCK

CSU UND AFD BEKÄMPFEN!E

Der Rechtsruck bei der Bundestagswahl mit 92 Sitzen im Parlament für die AfD droht sich in Bayern zu wiederholen. Am 14.10.18 findet die bayrische Landtagswahl statt. Es wird wohl ein Wettlauf nach Rechts zwischen der AfD und der CSU, die um ihre absolute Mehrheit bangt. Der berühmte Ausspruch von Franz Josef Strauß „Rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben", wird im Oktober praktisch überprüft. Dafür ist die CSU entschlossen zur Radikalisierung. Traditionell bedient sie die Interessen des Kapitals. Der neue Ministerpräsident Markus Söder privatisierte als Finanzminister 32.000 GBW-Wohnungen, weigerte sich aber, bei Apple mehrere Milliarden Steuernachzahlung zu kassieren. Das Feindbild der CSU, wie auch der AfD, sind MigrantInnen und Geflüchtete. Der CSU-Vorsitzende und neue Bundesinnenminister Horst Seehofer kündigte einen „Masterplan für Abschiebungen" an. Bereits 2016 beschloss die CSU in Bayern gegen breiten Protest von AntifaschistInnen und Zivilgesellschaft das sogenannte „Integrationsgesetz". Das Gesetz definiert in alter Nazimanier „Vierteläusländer", geflüchtete Kinder dürfen von jeder Schulbildung ausgeschlossen werden und Polizeirazzien in Geflüchtetenunterkünften sind jederzeit und ohne richterlichen Beschluss erlaubt. Gleichzeitig errichtet die CSU in Bayern einen Polizei- und Überwachungsstaat. Der Landtag diskutiert gerade ein neues Polizeiaufgabengesetz. Es gibt der Polizei das Recht in Wohnungen einzubrechen, Wanzen und Kameras zu installieren oder Post zu öffnen. In den meisten Fallen soll das ohne richterliche Anordnung und ohne Verdacht auf konkrete Straftaten möglich sein. Eine Polizei mit diesen Befugnissen gab es seit dem Ende des NS-Faschismus nicht mehr!

Objektiv betrachtet setzt die CSU Forderungen der AfD um. Nicht nur weil sie fürchtet, dass ihre WählerInnen abwandern, sondern weil sie in einem zunehmend rechten Klima nun ungeachtet vorheriger Tabus in die Vollen gehen kann. Im Wahlkampf versuchen die Parteien sich mit rassistischer Hetze gegenseitig zu überbieten und die verzweifelte Situation vieler Menschen auszunutzen. Zwar wird die CSU die AfD wohl noch nicht in eine Regierungskoalition holen, doch der Wettstreit um die härteste „law and order"- und Abschiebepolitik wird ein neues Level erreichen. Wer das nicht zulassen will, muss beide entschlossen bekämpfen. Sowohl die CSU, als auch die AfD stehen an der Seite des deutschen Kapitals: Neue Absatzmärkte sollen auch mit Militäreinsätzen „gesichert" werden und um die Menschen hier noch effektiver auszubeuten, werden die sowieso schon am stärksten Benachteiligten gegeneinander aufgehetzt. Zugleich sollen lästige KritikerInnen mit Repression und Überwachung in Schach gehalten werden. Und doch gibt es einen Unterschied zwischen beiden rechten Parteien: Die AfD arbeitet auch mit offen faschistischen Kräften zusammen. Der bayerische AfD-Abgeordnete Petr Bystron zum Beispiel sieht als Vorfeldorganisation der AfD die sogenannte „Identitäre Bewegung". Eine rassistische Organisation, die mit Social-Media-Aktionen versucht die deutsche Bevölkerung zu einem Bürgerkrieg gegen MigrantInnen und Geflüchtete anzustacheln. „Die AfD", sagte Bystron, „muss ein Schutzschild für die Identitäre Bewegung sein." Schon im Bundestagswahlkampf haben die aktionsorientierten, offen faschistischen „Identitären" die AfD in ihrem Wahlkampf unterstützt – inklusive gewalttätiger Übergriffe. Dazu kandidieren AfD-nahe Rechtspopulisten inzwischen auch bei Betriebsratswahlen und gewannen bei Daimler bereits sechs Sitze. Das ist eine klassisch faschistische Strategie, mit der schon die Nazis versuchten in die lohnabhängige Klasse zu wirken. Wegen Herkunft, Religion oder kultureller Prägung sollen Gräben gezogen werden, obwohl die sozialen Probleme mit denen ArbeiterInnen, Angestellte, Arbeitslose und RentnerInnen konfrontiert sind, die gleichen Ursachen haben und nur gemeinsam bekämpft werden können.

Österreich ist bereits einen Schritt weiter auf dem Weg zu einem rechtsautoritären Staat. Seit der letzten Wahl regiert die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) in Koalition mit der Rechtspartei FPÖ. Beide setzten voll auf Hassparolen gegen Menschen islamischen Glaubens und MigrantInnen. Die „FPÖVP" begann sofort sämtliche Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung anzugreifen, verlängerte die zugelassene Wochenarbeitszeit und lockerte den Kündigungsschutz. Um die WählerInnen davon abzulenken und den Schein einer „Partei der kleinen Leute" aufrecht zu erhalten, sollen ÖsterreicherInnen bei der Sozialhilfe nun gegenüber Geflüchteten bevorzugt werden. Besonders bedrohlich ist, dass die rechtspopulistische FPÖ nun Polizei, Militär und Geheimdienste befehligt! Bemerkbarer Widerstand formierte sich erst nach der Regierungsbildung, als zehntausende Menschen ihre Wut über den Machtzuwachs der Rechten auf die Straßen trugen. Zu spät und zu unentschlossen. Wir in Deutschland und vor allem in Bayern müssen daraus Konsequenzen ziehen.

Das bedeutet nun, jede Gelegenheit zu ergreifen, um Faschisten und andere Reaktionäre daran zu hindern, sich im Wahlkampf zu präsentieren und ihre Lügen zu verbreiten. Widerstand gegen Rechts heißt: Direkter Kampf gegen ihre Strukturen und Veranstaltungen, Kampf gegen die Spaltung der Lohnabhängigen, für die Verteidigung von sozialen Standards und Errungenschaften und für die Solidarität mit den Menschen, die von den Rechten ausgegrenzt und diskriminiert werden. Wenn wir gegen die drohenden Verschärfungen von Rechts kämpfen, geht es uns nicht darum, die Gesellschaft, wie sie heute ist, zu bewahren. Es geht uns darum, die Möglichkeiten für linke und revolutionäre Politik und ein Hineinwirken in die Gesellschaft zu verteidigen und auszubauen. Ein Angriffsziel ist die CSU. Das andere ist die AfD, die ihren Bundesparteitag 2018 im bayerischen Augsburg abhalten will: Am 30. Juni und 1. Juli im Messezentrum. Dagegen organisieren antifaschistische und zivilgesellschaftliche Kräfte der Region Widerstand. Bevor sich hier eine Situation wie in Österreich entwickelt, wollen wir in breiten Bündnissen und mit direktem Widerstand am Aufbau einer kämpferischen Gegenbewegung mitwirken!

Kommt am 30.06.2018 und 01.07.2018 nach Augsburg – gegen den AfD-Bundesparteitag!

Infos zu den Protesten in Augsburg
www.revolutionaere-aktion.org
www.almuc.blogsport.eu



„WAS HAT SICH EREIGNET? NICHTS GERINGERES ALS EINE REVOLUTION.“ *

DIE SOZIALISTISCHE NOVEMBERREVOLUTION 1918 IN DEUTSCHLAND

Im Herbst 1918 war die Lage für die meisten in Deutschland verzweifelt: Seit über vier Jahren tobte der Weltkrieg, Millionen Soldaten waren bereits gefallen, in den Schützengräben der Front kämpfte man um ein paar Meter Boden, bei einer zunehmend aussichtslosen militärischen Situation. Zwar war Sowjetrussland im März 1918 aus dem Krieg ausgeschieden, aber dem Deutschen Kaiserreich standen immer noch die riesigen Armeen Englands, Frankreichs und der USA gegenüber. In der Heimat war die Situation ebenfalls verzweifelt. In den Fabriken und auf den Bauernhöfen mussten Frauen, Jugendliche und alte Menschen Schwerstarbeit leisten, da die meisten Männer tot, an der Front oder in Gefangenschaft waren. Und das bei einer immer schlechteren Versorgungslage, die dazu führte, dass die einfache Bevölkerung hungerte. Die politische Situation war ebenfalls düster: Die SPD, damals die größte sozialistische ArbeiterInnenpartei der Welt, hatte im August 1914 den Kriegskrediten zugestimmt und mit der kaiserlichen Regierung ein Stillhalteabkommen getroffen. Die Gewerkschaften, die eng mit der SPD verbunden waren, verzichteten ebenfalls auf Widerstand und Streiks gegen den Krieg.

Widerstand!

Doch revolutionäre SozialistInnen und klassenbewußte ArbeiterInnen resignierten trotz alledem nicht: Sie organisierten sich beim Spartakusbund, einem Zusammenschluss radikaler GegnerInnen von Kapitalismus und Krieg oder bei den revolutionären Obleuten (linke Vertrauensleute in Großbetrieben) und engagierten sich an der Front oder in den Betrieben für das Ende des Krieges und den Sturz der Monarchie. Viele waren auch in der USPD aktiv, den unabhängigen SozialdemokratInnen, einer linken Abspaltung von der SPD, die deren Kriegs- und Stillhaltekurs nicht mehr mittragen wollte. Allerdings gab es in Deutschland eben nur eine Vielzahl an linken Strömungen und Gruppen und keine revolutionäre Partei, was sich in den folgenden Wochen und Monaten als fatal erweisen sollte.

Anfang Oktober 1918, als die militärische Niederlage offensichtlich war, schickte die Reichsregierung ein Waffenstillstandsangebot an die Alliierten, so dass die Hoffnung in der Bevölkerung auf ein baldiges Ende des Krieges stark anwuchs. In dieser Situation gab die Marineleitung der Hochseeflotte in Kiel den Befehl gegen England auszulaufen, also in den sicheren Untergang zu fahren. Es kam zur Befehlsverweigerung der Matrosen, die sich zu einem Aufstand ausweitete, dem sich bald auch ArbeiterInnen anschlossen. Am 4. November bildete sich ein „Arbeiter- und Soldatenrat“ in der Stadt, der vor allem die Freilassung der gefangenen Matrosen und Redefreiheit forderte. Was in Kiel begann, breitete sich wie ein Steppenbrand in ganz Deutschland aus. In vielen größeren Städten wurden ArbeiterInnen- und Soldatenräte gebildet. In den Hochburgen der linken Sozialdemokratie wie Hamburg, Bremen, Stuttgart oder Leipzig war der Einfluss der USPD bzw. des Spartakusbundes spürbar: Sie forderten den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung einer sozialistischen Republik. Andere Räte, die noch stärker von der SPD beeinflusst waren, traten nur sehr gemäßigt auf. Sie forderten z.B. die „Vereidigung des Heeres auf die Verfassung“.

Der Tag der Revolution

Obwohl nun in ganz Deutschland Könige gestürzt wurden, zögerte Kaiser Wilhelm II. noch zurückzutreten. Am 9. November 1918 ergriffen linke SozialdemokratInnen die Initiative und riefen zum Generalstreik auf. Aus Angst die Kontrolle zu verlieren, schloss sich auch der Rest der SPD dem Aufruf an. In Berlin zogen bewaffnete ArbeiterInnen und Soldaten in Massen in das Stadtzentrum und besetzten wichtige Gebäude. Die SPD wurde in dieser Situation von Teilen des Adels eilig an die Macht gehievt, um den drohenden Umsturz abzuwenden. Sie war damit schon am Ziel ihrer Wünsche angelangt. Ihre Hoffnung war, dass sich die Massen auf den Straßen wieder zerstreuen würden. Große Teile von ihnen erwarteten aber weiterhin die öffentliche Verkündung einer neuen sozialen Ordnung. Und tatsächlich wurden im Laufe des Nachmittags zwei neue Staatsformen ausgerufen: Die „Deutsche Republik“ aus dem nun offiziell regierenden, rechten Lager der Sozialdemokratie und die „Freie Sozialistische Republik Deutschland“ von Karl Liebknecht, dem bekannten Vertreter des Spartakusbundes.

Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten!

Für die SPD war die Revolution zu Ende. Die direkte Demokratie der Räte sollte möglichst bald durch eine bürgerliche StellvertreterInnendemokratie ersetzt werden. Für Hunderttausende, die sich in den ArbeiterInnen- und Soldatenräten organisiert hatten, ging die eigentliche Revolution Anfang November jedoch erst los. Sie hatten genug von der Herrschaft des kaiserlichen Militärs, das mit gnadenlosem Drill Millionen in den Tod geschickt hatte, genug von den Rüstungskonzernen, die ihren Profit durch den Krieg ins Unermessliche steigern konnten. Für viele war die Oktoberrevolution 1917 in Russland ein Vorbild: ArbeiterInnen, Soldaten, Bäuerinnen und Bauern hatten, unter der Führung der kommunistischen Bolschewiki, die bürgerliche Regierung davongejagt und begannen den alteingesessenen Adel, Kapitalisten und Großgrundbesitzer zu entmachten. So forderten sie auf dem „Reichsrätekongress der Arbeiter- und Soldatenräte“ im Dezember 1918 auch in Deutschland die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, also Fabriken in ArbeiterInnenhand. Doch auch der Einfluss der SPD-Führung zeigte sich hier: Eine Mehrheit in den Räten stimmte für die baldige Durchführung von Parlamentswahlen. Die Räte beschlossen damit ihre eigene Abschaffung! Die Schwäche der Linken in Deutschland war offensichtlich. Sie war zersplittert und konnte nicht geeint mit gemeinsamen Forderungen und Perspektiven in die Räte hineinwirken. Die SPD nutzte das gnadenlos aus und hatte keine Hemmungen mit Gewalt vorzugehen. Dazu setzte sie auch auf rechte paramilitärische Wehrverbände, die später ein wichtiges Rekrutierungsfeld für die Faschisten werden sollten. An der „Blutweihnacht 1918“ wurden ehemals kaiserliche Truppen gegen revolutionäre Matrosen in Berlin eingesetzt und auch der Januar-Aufstand 1919 des linken Spartakusbundes in der Hauptstadt wurde von ihnen blutig niedergeschlagen. Kurz nachdem die bekannten RevolutionärInnen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit dem Spartakusbund, Teilen der USPD und revolutionären Obleuten Ende 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands gründeten, wurden sie festgenommen und mit Billigung vom SPD-Reichskanzler Friedrich Ebert ermordet.

Nur ein paar Wochen später begannen in Berlin die Märzstreiks für die Enteignung und Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die von der SPD für ein brutales Massaker ausgenutzt wurden: „Der Stadtteil Lichtenberg wurde umzingelt, die einzelnen Häuserblocks abgeriegelt und ein Massenmorden begann, wie es in Deutschland seit den Bauernkriegen nicht vorgekommen war. Auf den Straßen, in den Höfen wurden Menschen erschlagen oder erschossen.“ (Bericht eines Augenzeugen)
Insgesamt fielen dem staatlichen Terror in Lichtenberg und anderswo in Berlin im März 1919 über 2.000 ArbeiterInnen zum Opfer.

Trotzdem - mehr als eine Niederlage!

Auch wenn die Novemberrevolution gescheitert ist, hat sie doch einige Erfolge aufzuweisen: Der Sturz der Monarchie, die Einführung des Frauenwahlrechts und der 8-Stunden-Tag waren bleibende Errungenschaften. Auch die Gründung der revolutionären Kommunistischen Partei Deutschlands mit dem Ziel einer Rätedemokratie und einer Wirtschaft unter der Kontrolle der lohnabhängigen Bevölkerung Ende 1918 war die richtige Reaktion auf den Verrat der SPD. Sie kam allerdings zu spät. Die Partei war noch zu schwach, um der Masse der kämpfenden ArbeiterInnen und Soldaten in den kommenden Monaten Orientierung zu geben und die rechte Sozialdemokratie zurückzudrängen. Es ist eine der wichtigsten Lehren aus dieser Zeit, dass der Aufbau revolutionärer Organisationen schon lange vor Situationen beginnen muss, in denen die kapitalistische Herrschaft spürbar ins Wanken gerät. Revolutionäre Politik muss greifbar und orientierungsgebend sein, wenn sich die Unzufriedenheit in der lohnabhängigen Klasse mit der Bereitschaft verbindet, nicht länger nach den Spielregeln des Kapitalismus, seiner Machtapparate und seines leitenden Personals zu funktionieren. Wenn die Herrschenden zugleich unfähig sind, die Massen weiterhin durch Propaganda, Gewalt oder schlicht durch Konsum und Ablenkung bei der Stange zu halten, ergibt sich daraus eine Situation, die dem Kapitalismus, dem vermeintlichen „Ende der Geschichte“, ein wirkliches Ende bereiten kann. Die Vorbereitungen dafür beginnen im Hier und Jetzt.

* aus dem Aufruf des Bremer Arbeiter- und Soldatenrats vom 9.11.1918





SIE WETZEN IHRE MESSER

WIE DIE SICHERHEITSARCHITEKTUR UND DIE KLASSENJUSTIZ AUSGEBAUT WERDEN

Gastbeitrag vom Roten Aufbau Hamburg

Im Windschatten der Militarisierung der Außenpolitik Deutschlands hat der Staat in den letzten Jahren auch nach innen systematisch aufgerüstet – strategisch, rechtlich, personell und technologisch. Die sogenannten Sicherheitsbehörden haben auf diese Weise ihre Möglichkeiten zur Überwachung und Kontrolle sowie zur Bekämpfung sozialer Bewegungen ausgeweitet. Der G20-Gipfel im Juli letzten Jahres bildete einen bedrohlichen Höhepunkt: Er diente ihnen dazu, mit besonderer Härte gegen linke Proteste vorzugehen. Es zeigte sich, wie weit die Polizei mit direkter Gewalt, unbegründeter Kriminalisierung und Einschüchterungen schon heute gehen kann, ohne auf die eigenen Gesetze Rücksicht nehmen zu müssen.

Seit den 1970er Jahren werden in Deutschland systematisch Grundrechte abgebaut und der Staat wird in einen Sicherheits- und Präventionsstaat umgebaut. Er drängt immer weiter ins Privatleben hinein und stellt die gesamte Bevölkerung unter Generalverdacht potentielleR StraftäterIn oder gar Terrorist zu sein oder zu werden. Diese Entwicklung beschleunigte sich mit der Hysterie nach den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001. Besonders MigrantInnen sind seitdem zunehmend von Polizeischikanen betroffen. Der Staat rüstet seine Möglichkeiten zur Überwachung und Kontrolle der Bevölkerung immer weiter auf: Flächendeckende Videoüberwachung öffentlicher Räume mit Gesichtserkennung, DNA-Analysen und -Datenbanken, Online-Durchsuchungen und der Einsatz sogenannter Trojaner zur Durchsuchung privater Computer und Smartphones sind an der Tagesordnung. Die klassische Telekommunikationsüberwachung wird schon bei minder schweren Verdächtigungen angewendet und auch auf Messenger-Dienste ausgeweitet.

Neben diesen Technologien nutzen Sicherheitsbehörden heute auch die sozialen Medien. Der G20-Gipfel hat gezeigt, wie die Polizei Twitter und Co. für die Verbreitung von Falschdarstellungen und für die Rechtfertigung von Polizeigewalt nutzen kann, um die Medienberichterstattung zu lenken.
Außerdem wird die Leichtfertigkeit vieler Menschen im Umgang mit Facebook, Smartphone-Bildern und -Videos gnadenlos ausgenutzt. Persönliche Eindrücke, Berichte und Dokumentationen von Protesten und Auseinandersetzungen, die sie in die Finger bekommen, dienen den Behörden oft als Beweismaterial, um Beteiligte mit Verfahren zu überziehen. Der Überwachungsstaat funktioniert erst dann umfassend, wenn die Bevölkerung ihn bewusst oder unbewusst mit unterstützt.

Auch die voranschreitende Militarisierung der Gesellschaft wurde während der Gipfelproteste deutlich. Schwerbewaffnete Sondereinsatzkommandos marschierten unter fadenscheinigen Begründungen ins Hamburger Schanzenviertel ein, um für Ruhe zu sorgen. Der Auftritt dieser militärisch auftretenden Spezialeinheiten reiht sich in eine generelle Entwicklung ein: Einsätze der Bundeswehr im Inneren bei großen Ereignissen wie Sportevents oder Gipfeltreffen sind keine Einzelfälle. Die Armee ist außerdem im Rahmen der „zivil-militärischen Zusammenarbeit“ in die Heimatschutz-Infrastruktur integriert, die im Fall eines „inneren Notstandes“ aktiv werden soll. Im größten städtischen Gefechtsübungszentrum Europas namens Schnöggersburg in Sachsen-Anhalt trainieren deutsche Soldaten für Auslands- und Inlandseinsätze.

Die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft sorgt dafür, dass auch die Maßnahmen des Staates zur gewaltsamen Aufrechterhaltung dieser Ordnung zunehmen. Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Widersprüche und die daraus resultierenden Konflikte sollen durch einen hochgerüsteten Sicherheitsapparat kontrolliert werden. Die Herrschenden bereiten sich auf zukünftige Klassenkämpfe und Aufstände vor. Auch wenn sie heute noch keine Angst vor einer Revolution haben müssen, ist ihnen klar, dass soziale Widersprüche in soziale Kämpfe münden können.

Neben der offensichtlichen Gewalt durch Bullen, die brutal auf DemonstrantInnen und JournalistInnen einprügeln, gibt es im Kapitalismus eine alltägliche strukturelle Gewalt. Durch Räumungsklagen verlieren jeden Tag Menschen ihr Zuhause, weil sie sich die Miete für ihre Wohnung nicht mehr leisten können, RentnerInnen wandern ins Gefängnis, weil sie am Ende des Monats kein Geld für das Bahnticket übrig haben. Das ist nicht die Schuld einiger RichterInnen, sondern liegt daran, dass das gesamte Rechtssystem darauf beruht, eine Eigentumsordnung aufrecht zu erhalten, von der nur wenige profitieren. In einer solchen Klassengesellschaft kann die Justiz nicht neutral sein, sie muss als Klassenjustiz die Macht und den Besitz der Wenigen aufrechterhalten. Dies spiegelt sich auch in den übermäßig harten Urteilen gegen G20-AktivistInnen wider. Dabei geht es nicht nur darum, der radikalen Linken zu zeigen, dass Widerstand sich nicht lohnt, sondern ebenso dem Rest der Gesellschaft klar zu machen, was ihnen blüht, sollten sie gegen diese Ordnung aufbegehren. Derart harte Strafen wurden bis jetzt meist gegen kurdische und türkische Linke in Deutschland verhängt und fanden in der Bevölkerung leider sehr wenig Beachtung. Dies muss sich in Zukunft ändern. Die Abwehr der staatlichen Angriffe ist ein wichtiger Bestandteil von politischer Arbeit und er wird immer wichtiger werden, je mehr Einfluss linke Bewegungen bekommen. Dabei ist es wichtig spektrenübergreifend zu agieren, denn nur eine breite Solidarität aller fortschrittlichen Kräfte bietet effektiven Schutz.

Wir müssen den Kampf gegen ihren Sicherheitsapparat und Überwachungsstaat als einen Teil des Klassenkampfes verstehen und führen.

HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN 1. MAI

BERLIN	18:00 UHR, REVOLUTIONÄRE DEMO ORANIENPLATZ
FRANKFURT	10:30 UHR, REVOLUTIONÄRER BLOCK GÜNTERSBURGPARK
HAMBURG	18:00 UHR, REVOLUTIONÄRE DEMO HAUPTBAHNHOF
MÜNCHEN	9:30 UHR, REVOLUTIONÄRER BLOCK GEWERKSCHAFTSDEMO, DGB-HAUS 16:00, REVOLUTIONÄRES 1. MAI-FEST GLOCKENBACHWERKSTATT
NÜRNBERG	11:30 UHR, REVOLUTIONÄRE DEMO GOSTENHOFENER HAUPTSTR./BAUERNGASSE
SCHWENNINGEN	10:00 UHR, ANTIKAPITALISTISCHE BETEILIGUNG GEWERKSCHAFTSHAUS
STUTTGART	10:00 UHR, ANTIKAPITALISTISCHER BLOCK GEWERKSCHAFTSDEMO, MARIENPLATZ 11:30, REVOLUTIONÄRE DEMO SCHLOSSPLATZ



WWW.PERSPEKTIVE-KOMMUNISMUS.ORG